TATblatt +214

Ehe | weg damit!?!
kritischen Stimmen abseits der gängigen Debatte!

Asyl | Institutionalisierter Rassismus
Thema: MigrantInnen auf dem Weg in die Festung Europa

Fest | TATblatt liebt Infoladen
16. Jahre TATblatt, ein Grund zu feiern!?

Oktober 2004
EUR 1,40

In dieser Ausgabe ...

03 **In eigener Sache**
05 **Radioballett**
07 **Labour-Parteitag**
08 **Weg mit der Ehe!**
09 **Interview Lila Tip**
11 **Ankündigungen**
13 **Niemals Vergessen!**
15 **Buchrezension**
16 **LeserInnenkommentar**
17 **Termine**
18 **Institutionalisierter Rassismus**

Jaja!

Das TATblatt wird 16 und bewegt sich somit schon die längste Zeit am Zenit der Pubertät, wie nicht zuletzt die Jungle World würdigend anerkannte (siehe Zitat am letzten TATblatt-Titelblatt).

Jene aber, die voll revolutionärer Zuversicht dereinst die Blätter für den Druck des ersten Konzepts dieses großartigen Zeitungsprojekts gefladert haben (sollte doch schon verjährt sein, oder?), sind zwischenzeitlich eher gereift. Lästiges Ziehen in den Muskeln und Knacksen in den Gelenken trübt bisweilen den Traum vom Kampf auf den Barrikaden. Juckende Hämorrhoiden lassen auf eine Revolution bestenfalls in der warmen und trockenen Jahreszeit hoffen.

Es ist übrigens auch nicht unbedingt Zufall, wenn wir unserem pubertierenden Blättchen doch auch immer wieder gestrenge größere und klarere Buchstaben abverlangen, als wir dies vielleicht früher mal als notwendig erachtet hätten.

Nichtsdestotrotz müssen sich auch die letzten Überbleibseln aus der GründerInnengeneration langsam an den Gedanken gewöhnen, dass ihr liebstes Blättchen eines schönen und sicher viel zu früh anbrechenden Tages eigene Wege gehen mag. Wie wohl wir freilich dafür Sorge tragen wollen, das TATblatt immer in guten Händen wissen zu können. Näheres auf der nächsten Seite.

Und da wir ja doch immer nur das Beste für dieses Blättchen wollen, dachten wir uns, vielleicht sollten wir bei allem Feiern, und bei aller Rührung über die erwiderte Liebeserklärung an den Infoladen 10, nicht unterlassen, auch ein paar Gedanken an die Zukunft zu verschwenden. Und deshalb stehen wir nicht an, alle einzuladen, die immer schon Teil von TATblatt und TATblatt-Umfeld werden wollten, dazu den ersten Schritt zu wagen. Mehr zu der Ausstellung die im Rahmen des Festes zu sehen sein wird, könnt ihr auf der nächsten Seite lesen. Das aktuelle Programm zum Fest findet ihr in der Mitte des Heftes.

Möge euch Liebe und Kraft auf allen noch folgenden Etappen der revolutionären Pfade begleiten,

wünscht euch einer der Alt-1988er-Fraktion in der TATblatt-Redaktion.

„TATblatt-sucht-neue-Leute“-Treffen
Alles anders?

Wie schon im Editorial unserer letzten Nummer angekündigt, wollen wir einen Schritt Richtung Öffnung unseres Zeitungsprojekts wagen. Dazu planen wir am Freitag dem 29. Oktober ein Treffen zum Kennenlernen für an Mitarbeit interessierte Personen unter dem Arbeitstitel „TATblatt-sucht-neue-Leute“ zu veranstalten.

Hintergrund dieses Schritts ist ganz einfach, dass bei uns einfach vieles auch besser laufen könnte als es das zur Zeit tut (wie auch an dem mageren Umfang dieser Ausgabe zu sehen ist).

Jetzt wollen wir zwar nicht unnötig bescheiden wirken, 16 Jahre TATblatt sind immerhin schon eine beachtenswerte Leistung. Auch gibt es wohl kein anderes Zeitungsprojekt, das bei einer vergleichbaren Reichweite so einen einschlägigen Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit hat wie das TATblatt.

Doch in den 16 Jahren unseres Bestehens hat sich halt auch viel geändert. So haben zwischenzeitlich andere (u.a. elektronische) Medienprojekte teilweise Aufgaben übernommen, die das TATblatt vielleicht früher einmal erfüllt hat. Andererseits haben sich über die Zeit hinweg natürlich auch politische wie persönliche Interessen von MitarbeiterInnen geändert (einige sind beispielsweise tot, jahrelang verschollen, im Parlament untergetaucht usw.). Auch haben sich Arbeitsstrukturen gebildet, die es mal wieder aufzubrechen gilt. Und überhaupt hat sich natürlich gleichzeitig auch die übrige Polit-Szene teilweise sehr geändert.

Aus all diesen Gründen laden wir euch als LeserInnen und/oder SymphatisantInnen daher ein, bei uns mitzumachen und für frischen Wind in unserer Redaktionsstube zu sorgen. Was wir euch anbieten können, ist viel unbezahlte Arbeit (Texte recherchieren und schreiben, TATblatt-Nummern layoutieren und versenden, organisatorische Tätigkeiten usw.), aber im Zuge unserer wöchentlichen Plena auch Austausch und Diskussion und vor allem viel Raum für die Umsetzung kreativer, ungewöhnlicher Ideen in unserer Zeitung und unseren Arbeitsprozess betreffend.

Vor allem bei letzterem Punkt versprechen wir von unserer Seite auch eine entsprechende Offenheit neuen Ideen gegenüber walten zu lassen, auch wenn uns das vielleicht nicht ganz so leicht fallen mag.

Wenn ihr Interesse an uns bekommen habt, dann kommt doch am Freitag dem 29. Oktober um 18 Uhr einfach bei uns vorbei: Infoladen 10 (EKH), Wielandgasse 2-4, 1100 Wien.

Wenn ihr nicht kommen könnt oder sonstige Fragen zu unserem Treffen habt, dann meldet euch bei uns per Email: tatblatt@blackbox.net

---

Chris Moser
Radikalkunst

Zum ersten Mal zeigt Chris Moser seine politischen, kritischen Arbeiten in unmittelbarem Tatblatt-Umfeld (u.a. am TATblatt-Fest). Bisher präsentierte der Radikalkünstler seine Werke naturgemäß vorwiegend in (zum Teil renommierten) Galerien in Österreich und fallweise im benachbarten Ausland.

Er ist seit 1994 künstlerisch (im revolutionären Sinn) tätig, schuf Graffitis mit kritischem politischen Inhalt auf Wänden, Mauern etc. Es folgten erste Anzeigen, Gerichtsverhandlungen, Bewährungsauflagen - zeitgleich mit ersten Ausstellungen...

Seitdem rege Ausstellungstätigkeit (z.T. auch im benachbarten Ausland) mit Werken aus dem vorwiegend bildhauerisch, plastischen Bereich, sowie vereinzelt graphischen Darstellungen.

Thematisiert werden Ungerechtigkeiten, deren Bekämpfung, sowie Tier- und Menschenrechtsspezifische, antiautoritäre, nichthierarchische Ideale und Utopien.

Der politischen Brisanz der Skulpturen gemäß, wurde Chris Moser schon des öfteren mit Zensur und Zensurdrohungen, sowie mit der Androhung erneuter gesetzlicher Konsequenzen gewürdigt.

BCA in Kürze

Burma Campaign News

Die Opposition wird weiterhin geknebelt, an der Lage der Menschenrechte hat sich nichts geändert, die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi befindet sich nach wie vor unter Hausarrest.
In Großbritannien haben zwei weitere Reisebüros als Folge der Kampagne Burma-Reisen beendet. Zwei Verlage für Reiseführer werden keine Neuauflagen mehr herausbringen, so deren schriftliche Zusage.
Schön langsam setzt sich auch eine einheitliche Linie bei dem Reiseveranstalter Kuoni durch. Letztes Jahr erklärte Kuoni UK, daß keine Burma-Reisen mehr verkauft würden. Nun ist Kuoni aber ein Konzern mit der Zentrale in der Schweiz und Dutzenden Tochterfirmen in aller Welt. Die Zusage betraf offensichtlich nur Großbritannien, denn die Kuoni-Firmen in Deutschland, den USA oder auch Österreich verkauften ungebremst Burma-Reisen. Allerdings hat nun auch die Kuoni-Tochterfirma Euro Lloyd in Deutschland den Verkauf der Reisen beendet, Intravel in den USA wird mit Oktober 2004 folgen.

Im Juni 2004 traf sich das Third World Tourism Ecumenical European Network (TEN) zu seiner jährlichen Hauptversammlung, wo Tourismusinitiativen aus aller Welt vertreten sind. Das TEN verfaßte eine unzweideutige Resolution, die zur Unterstützung der Opposition in Burma einen vollständigen Tourismusboykott nach Burma vertritt.
Bei dem Treffen war die österreichische Gruppe Respect nicht anwesend, obwohl Respect Mitglied des TEN ist. Respect verteidigt weiterhin Reisen nach Burma und pflegt seine Verbindungen zu AUA-Lauda Air. Mehrere Tourismusinitiativen haben bereits den Ausschluß von Respect aus internationalen Verbänden gefordert. Respect ist völlig isoliert, ebenso wie die Lauda Air, die auch weiterhin nach Burma fliegen will.
Am 6. Oktober fand deshalb eine Demonstration vor der Niederlassung der AUA in London statt, die von der Burma Campaign UK organisiert wurde.

Repression in Kürze

Verhaftungen nach Email-Auswertung

Die US-Behörde National Security Agency, NSA, wertet systematisch den internationalen Email-Verkehr auf der ganzen Welt aus. Das ist nichts neues und führte sogar schon zum Protest von mehreren europäischen Ländern gegenüber den USA.
Im März kam es erstmals zu Verhaftungen, die auch offiziell mit ausgewerteten Emails durch die NSA begründet wurden. Es wurden 9 Personen in Großbritannien und eine in Kanada inhaftiert, weil sie angeblich eine terroristische Organisation unterstützen. Die Behauptung der Unterstützung basiert ausschließlich auf der Auswertung eines einzigen Emails.
Technisch wird die Sache so beschrieben: Der Internet-Verkehr wird in Datenpaketen zusammengefaßt, die an die NSA übertragen werden und mit einem Titel versehen werden, der die individuelle IP-Adresse jedes Computers anzeigt, der mit dem Datenpaket Kontakt hatte. In weiterer Folge wird nach bestimmten Schlüsselworten, Informationskombinationen oder Datenverkehrsmustern gefiltert.
Die NSA analysiert mehrere Millionen Emailnachrichten und Telefonate pro Tag nach diesem Muster aus.
Die gesetzliche Lage in den USA legt fest, daß die Auswertung dann legal ist, sobald der Emailverkehr einen Computer in den USA berührt. Da drei Viertel des weltweiten Internet-Gebrauchs über US-Computer laufen, ist damit eine Totalüberwachung gegeben.

Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 63 | Sommer 2004

Stand der Antifa Bewegung
Neonazis mit linker Symbolik
Einblicke in das neurechte "Institut für Staatspolitik"

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 (fünf Ausgaben)

Radioballett als Intervention
"Wir brechen das Glas"

So als wäre eine radiointerventionistische Einfühlung in die Warenform genau jene Zerstreuung der Normalität des Alltagslebens, worauf sie immer gewartet haben, schienen rund 80 Menschen nicht zu halten, als das Hamburger Radiokollektiv LIGNA für den 20. September in Kooperation mit dem Tanzquartier Wien und Radio Orange 94.0 in die Wiener Kärtner Straße lud und für eineinhalb Stunden alles Weitere mit Hilfe frequenzmodulierter Ultrakurzwellen choreographierte.

TATblatt

"Zerstreut euch! Weicht ab! Übt euch in Normalität! Anormalisiert das Alltagsleben! Es gibt keine richtige Norm im Falschen!" lautete eine eher allgemeine Anregung. Etwas konkretere waren: "Geht bitte in die Kärntner Straße.", "Schaut gerade aus.", "Winkt mit den Zehenspitzen.", "Bewegt euch im Strom der Menschen.", "Haltet bitte an.", "Geht vorwärts.", "Geht die Kärntner Straße rückwärts hinunter. Wenn ihr am Ende der Straße angelangt seid, dreht um und geht weiter rückwärts zurück.", "Lasst die Waren in den Schaufenster zurück, lasst sie in euren Augen verschwinden. Winkt ihnen nach. Geht weiter zurück.", "Fixiert einen Punkt im gegenüberliegenden Schaufenster. Schaut euch nach rechts um. Schaut euch nach links um. Schaut geradeaus. Geht darauf zu. Lasst den Punkt nicht aus den Augen." "Presst euren Rücken an die Scheibe. Legt die Handflächen an die Scheibe. Schlagt mit den Fersen gegen die Wand. Nehmt Schwung und geht doppelt so schnell dahin zurück, wo ihr hergekommen seid.".

Letzendlich wandelte sich die Kärntner Straße zu einer großen, nicht immer sofort erkennbaren, irgendwie vor allem von Publikum frequentierten Bühne für die KünstlerInnen, die, egal wo sie sich auf der Kärntner Straße befanden, Bewegungsvorschlägen aus den mitgeführten tragbaren und auf die Frequenz 94 MHz eingestellten Radios folgten. Alle, die mit einem eigenen Radio gekommen waren oder eines am Sammelpunkt ausgeliehen hatten, sollten, konnten, ja durften sogar mitmachen. Denn selbst der Magistrat teilte die Meinung der VeranstalterInnen, dass es sich hier um keine anzeigepflichtige Versammlung handele. Eher halt um eine gesetzlich nicht näher geregelte und daher auch bescheidmäßig nicht mehr genauer ausgeführte Zerstreuung. Und selbst Radiohören ist nicht wirklich verboten.

Die freie Radiogruppe LIGNA, die sich aus AktivistInnen rund um das "Freie Sender Kombinat" Hamburg, auf die Demoerfahrungen nach der Bambule-Räumung aufbauend, gebildet hat, entwirft immer wieder experimentelle Situationen, die auf die Überschreitung üblicher Anwendungsbereiche der Radiotechnik bzw. auf die Reaktualisierung ihr innewohnender, aber vergessener oder ausgeblendeter Möglichkeiten abzielen.
Das erste Radioballett wurde 2002 in einer "Übung in unnötigem Aufenthalt" von hunderten am Hamburger Hauptbahnhof versammelten Menschen realisiert.

Nun scheint sich in Wien die Idee des Radioballetts zu verselbständigen. So ist mit einer Neuauflage just an jenem Tag zu rechnen, der bisher eher im Zeichen des Jahrestags der TATblatt-Gründung, der Mähr vom letzten sowjetischen Soldaten oder des österreichischen Militarismus gestanden ist. Am 26. Oktober. Ab 14 Uhr auf Orange 94.0. Und im realen Leben: Treffpunkt 13.30 Uhr bei der Electric Avenue / Museumsquartier.

"Wenig erscheint normaler als der Alltag in den Konsumzonen der Innenstädte. Wie aber entsteht diese Normalität? In der zerstreuten Wiederholung immer gleicher Gesten, die sorgfältig eingeübt werden müssen: Flanieren, den Laden betreten, glücklich mit einer Tragtasche wieder herauskommen, weiter flanieren. Was aber passiert, wenn sich nicht konforme Bewegungen und Emotionen einschleichen?" Das war an diesem 20. September also teilnehmend beobachtbar. Zahlreiche Fotolinks zum Nachblättern finden sich auf indymedia.

aktuelle Infos sowie Links zu Texten, Tönen und Bildern auf tatblatt.net.

26. Oktober 2004:
Radioballett - Bringen wir die Verhältnisse zum Tanzen
Treffpunkt 13.30 Uhr an der Electric Avenue / Museumsquartier in Wien

Öko in Kürze

Venezuela wird gentechnikfrei

Der venezolanische Präsident Hugo Chavez, hat Venezuela zum gentechnikfreien Land erklärt. Als Erstes bekam das Monsanto zu spüren. Monsanto plante in Venezuela Gensoja anzubauen. Mit betroffen ist der US-Getreidemulti Cargill, der mit Monsanto kooperiert.
Chavez begründete die Entscheidung so, daß die Verfassung vorschreibt, daß Venezuela in allen Belangen autark werden soll, und daß Gentechnik den Interessen der 60 Millionen venezolanischen Bauern und Bäuerinnen widerspricht. Zugleich kündigte er ein Förderprogramm für den Anbau der traditionellen Yucca, sowie den Aufbau einer Saatgutbank an. Monsanto produziert derzeit in Venezuela (noch) das Herbizid Glyphosate, das in Kolumbien als Teil des Plan Colombia gegen die Coca-Pflanzungen der KleinbäuerInnen eingesetzt wird. Nach der Nationalisierung der Ölindustrie ist das Verbot von Gentechnik ein weiterer Grund für die US-Regierung, Chavez durch einen weiteren Putschversuch zu stürzen. Chavez hat auch die Entsendung von venezolanischen Armeeangehörigen an die Ausbildungsanstalt für Folterer in den USA, bekannt als School of the Americas bzw. nach einer Umbenennung als Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHISC), beendet. Vizepräsident Jose Vincente Rangel bezeichnete WHISC öffentlich als "Trainingsschule für Diktatoren, Folterer und Terroristen".

Ronald McDonald verhaftet

Am 11 Mai wurde in Wari in Neuseeland "Ronald McDonald" in Folge eines Protests festgenommen und abgeführt. Ronald McDonald, ein Angestellter der Firma, hatte sich vor dem Verteilungszentrum an das Tor gekettet und das Lager damit blockiert, um gegen die Verwendung von Genmais als Futter für Hühner zu protestieren. Am 19. Mai verlautbarte McDonald's in Neuseeland, daß in Zukunft nur noch gentechnikfreies Tierfutter verwendet wird.

Verlierer John Kerry

Warum wird John Kerry keinesfalls US-Präsident? Beispielsweise weil er für Ökos unwählbar ist. Am 6. August verlautbarte er folgenden Stumpfsinn: "Ich möchte, daß AmerikanerInnen autofahren. Sie möchten ein großes Allradsportauto fahren? Wunderbar, wunderbar. Das ist Amerika". Solche Autos wiegen zum Teil über 3 Tonnen und sind die reinsten Benzinfresser. Allerdings geht deren Beliebtheit auch in den USA zurück, weil zuletzt die Benzinpreise gestiegen sind.

Grüne Show für Formel 1 in Lyon

Am 5. September stoppten blockierende AktivistInnen in Frankreich eine Show mit Formel 1 Rennautos. Pikanterweise wurde die Show von den Grünen, die in der Stadtregierung sitzen, initiiert. Obwohl fünf Personen festgenommen und erst am Abend wieder freigelassen wurden, mußte das Programm teilweise gestrichen werden.
Der bisherige Vorsteher des 1. Bezirks, Gilles Buna von den Grünen, ist nunmehr zuständig für Stadtplanung in ganz Lyon. Als solcher hat er als nächstes den Bau einer Parkgarage für 5.000 Autos im Zentrum vor, wogegen es heftigen Widerstand gibt.
In Lyon gibt es bevorrangten öffentlichen Verkehr durch eigene Busspuren, die auch von RadfahrerInnen mitbenutzt werden, sowie eigene Radwege. Verkehrsinitiativen denken jetzt nostalgisch an die Zeiten des letzten konservativen Bürgermeisters Raymond Barre zurück, der die Radwege errichten ließ und mit dem Bau von Straßenbahnlinien begann. Barre weigerte sich auch kategorisch, mehr als 1.000 Parkplätze im Zentrum einzurichten.

Österreich durch EU erneut verwarnt

Am 8. Juli schickte die EU-Kommission and neun Mitgliedsländer Warnschreiben aus. Diese Länder, darunter wieder einmal Österreich, haben keine verpflichtenden Pläne zur Reduktion von Stickoxiden in schwer belastenden Regionen erstellt. Fallfrist wäre der 31.12.2003 gewesen.

UK: Labour-Parteitag und **Big Business**

Sollte noch irgendeine Person Zweifel über gelebte Sozialdemokratie gehabt haben, ein Blick auf den kürzlich abgehaltenen Parteitag der Labour Party in Großbritannien räumt damit gründlich auf. Dort konnten sich Sponsoren um 1.500 Pfund ein Meeting am Rande des Parteitags erkaufen. Im Gegenzug für die "Spende" erhielten sie das Recht auf einen Sitz am Podium.

TATblatt

Ein Sponsor einer Veranstaltung war Sun International, eine Casinokette, die etwa in Südafrika zahlreiche Casinos betreibt. Der Titel der Veranstaltung hieß "Kann jede/r gewinnen?" und welch Zufall, Gruppen, die sich mit Spielsucht oder GegnerInnen von Casinos beschäftigen, waren nicht eingeladen.

Ein weiterer Workshop, an dem Gesundheitsminister John Hutton teilnahm, hieß: "Kann der Privatsektor etwas zum öffentlichen Gut NHS beitragen?" (NHS ist die öffentliche Krankenversicherung). Die Antwort wurde von der schwedischen Firma Capio gesponsert, der erst kürzlich einen Auftrag über 210 Mio. Pfund vom NHS erhalten hat. Eine weiterer Workshop wurde von der Eisenbahngesellschaft Go Ahead Group bezahlt, Transportminister Darling nahm brav daran teil. Der Minister für Wohnen, Keith Hill, beteiligte sich an der Diskussion über Obdachlosigkeit, bezahlt vom britischen Immobilienverband. Der Finanzminister verschloß sich nicht einer Debatte über die explodierende Privatverschuldung, zu der die Finance and Leasing Association, die ein Drittel aller privaten SchuldnerInnen unter Kontrolle hält, ihr Scherflein beitrug. Nicht fehlen durfte der Totengräber der BürgerInnenrechte, Innenminister Blunkett. Er nahm an einer Diskussion über Identität teil, die von Siemens, einem der wahrscheinlichen Auftragnehmer für die Durchführung der geplanten ID-Cards, teil.

Großbritannien mag extrem erscheinen, doch diese Annahme beruht auf Nichtwissen in Österreich. Hier sei auf die Rolle der ehemaligen Staatssekretärin Brigitte Ederer von der SPÖ Wien hingewiesen. Erst vor kurzem wurde im Rapid-Stadion eine Videoüberwachung durch Siemens installiert, wobei die Achse Ederer (Siemens Aufsichtsrat) und Edlinger (Ex-Finanzminister, Rapid, Bank Austria) am Werken war. Ein zweites Beispiel ist die Errichtung des Vienna Bio Center (VBC) der Universität Wien. Dort ergab sich eine Verbindung aus Gemeinde Wien, Bank Austria und dem Pharmakonzern Boehringer Ingelheim. Im Aufsichtsrat von Boehringer sitzt ebenfalls Ederer, sowie Mayr. Beide waren früher auch FinanzstadträtInnen von Wien, und als solche über die ehemaligen Anteile der Gemeinde Wien an der Zentralsparkasse in der Bank Austria vertreten. Kein Wunder, daß die finanztechnische Realisierung inkl. Immobilie über die Bank Austria abgewickelt wurde.

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

„Das Fachblatt der Edel-Anarchisten." (Josef Stalin)
„Dahinter verbirgt sich immer ein kluger Anarchist." (Michail Bakunin)
„... oder eine kluge Anarchistin!" (Emma Goldman)

★ widerstand gegen staat und krieg
★ antirassismus und antisexismus
★ gewaltfreier anarchismus
★ concert for anarchy
★ ökologie u.v.m.

Probeheft kostenlos
Abo in A & CH: 35 € (10 Hefte)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

Weg mit der Ehe!

Ehe-PartnerInnenschaft: Genug gesagt, der Lila Tip spricht Klartext. Die Bevorzugung der Ehe muss ein Ende finden!

Lesbenberatung

Die Lesbenberatung im Rosa Lila Tip, Rosa Lila Villa, lehnt die Lesbenehe, die Homoehe, die Schwulenehe, den Zivilpakt (ZIP) und auch den Ehebund für Heterosexuelle prinzipiell ab. Gleiche Rechte und Pflichten (Mietrecht, Aufenthaltsrecht, Versicherungsrecht, Erbrecht, Steuerrecht, u.s.w...) sollten allen Menschen zustehen, egal welche Form der PartnerInnenschaft sie gerade leben.

Abgesehen von der "schützenswerten" heterosexuellen oder homosexuellen Zweierbeziehung mit oder ohne Kind gibt es eine breite Palette von Lebenszusammenhängen, wie z.B. selbstverliebte Singlehaushalte, Mehrfachbeziehungen, WGs, Hausgemeinschaften, Frauenbanden, FreundInnennetzwerke, u.v.m., die nicht nur darauf abzielen, ihr Eigentum und ihre Arbeitskraft zu poolen und ökonomisch durch juristische Verträge abzusichern, was ein Kerngedanke der Ehe ist. Aus feministischer Perspektive ist das Modell "Ehe" ohnehin anzuzweifeln, da die Ehe der Ort ist, wo sich gesamtgesellschaftliche geschlechtsbedingte Ungleichgewichte jahrhunderte lang manifestiert haben. Feministinnen haben längst alternative Konzepte entwickelt!

Alle Menschen die für sich gewählt haben, nicht in statischen dualen (heterosexuellen) Beziehungen zu leben, werden staatlich-rechtlich-paternalistisch finanziell, judikativ und auch mit massiven Eingriffen in andere persönliche Freiheiten (wie zum Beispiel gesellschaftliche Ablehnung) benachteiligt und indirekt für ihre abweichlerische Lebensführung bestraft. Die "Homoehe" oder den Zivilpakt für alle Zweierbeziehungen zu fordern, greift viel zu kurz und diskriminiert immer noch all jene, die anders leben wollen oder müssen! Besonders in einem ökonomischen neoliberalen gesamtgesellschaftlichen Kontext, in dem Individualismus und der/die einzelne als "Ich-Aktie" immer wichtiger genommen werden, ist es unerlässlich, niemanden und/oder keine Form von Miteinander auszugrenzen und schlechter zu stellen. Die lesbische Community sollte ein Ort sein, wo solidarische Verhältnisse für alle gelten, ohne Privilegien und Belohnungen für diejenigen, die es geschafft haben, sich mehr oder weniger dauerhaft in Zweierreihen zu gruppieren.

Die Mitarbeiterinnen der Lesbenberatung sprechen sich aus ihrem feministischen, antihierarchischen, antirassistischen Selbstverständnis heraus, dagegen aus, einzig und allein Abbilder der heterosexuellen Zweiernorm als erstrebenswerte Beziehungsform staatlich anerkannt zu haben! Wir fordern echte Gleichstellung für alle Beziehungs- und Lebensformen mit oder ohne staatliche Anerkennung!

Kreative Gesellschaftsmodelle und selbstbestimmte, gleichberechtigte Lebenszusammenhänge für alle!

Was ist eigentlich AnarchaFeminismus?

Die 36-seitige Broschüre ist gegen 2,5.- € in Briefmarken beim Anarchia - Versand, Postfach 101, A - 1070 Wien erhältlich.

www.anarchismus.at

Ehe?
Nein danke!

Im Sommer des Jahres wurde in der Öffentlichkeit eifrig über Ehe und gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften diskutiert. Während in der Diskussion zweitere sehr umstritten waren, wurde die Institution "Ehe" kaum in Frage gestellt. Daher haben wir uns auf die Suche nach kritischen Stimmen abseits der gängigen Debatte gemacht - und gefunden. Im folgenden könnt ihr aus aktuellem Anlass ein Interview mit dem "Lila Tip" zum Thema nachlesen.

Im Sommer gab es ja eine breite öffentliche Diskussion unter dem Stichwort "Homo-Ehe". Dabei gab es vor allem drei Positionen: diejenigen, die dagegen waren; diejenigen, die dafür waren und diejenigen, die für was waren, was zwar nicht "Ehe" genannt wurde, aber so ähnlich sein sollten (Stichwort "Zivilpakt"). Wie steht ihr zur Diskussion um die rechtliche Gleichstellung homosexueller PartnerInnenschaften und was ist eure Position dazu?

Für uns war es eigentlich ziemlich ungut, in diesem Sommer von den verschiedensten Seiten bevormundet und vereinnahmt zu werden. Mal setzte sich die ÖVP für unsere Recht auf Homo-Ehe ein, mal rief die grüne Stadträtin Maria Vassilakou auf der Paradenbühne in die Menge, dass alle Lesben und Schwulen ihrem Wunsch nach Heirat lautstark Stimme verleihen sollen. Parteien und SprecherInnen aus der Bewegung taten ihr bestes, so viel wie möglich für uns alle Lesben und Schwule rauszuschlagen. Das hat uns überhaupt nicht gepasst, wir haben folgendes Statement geschrieben und ein transparent aufs Haus (die Rosa Lila Villa) gehängt mit dem Slogan: "Aufenthaltsrecht, Absicherung, Anerkennung - unabhängig von der Ehe". (Links findet ihr das Statement "Weg mit der Ehe")

Angesichts der immer wieder in der Öffentlichkeit präsentierten "Schreckenszahlen" einer steigenden Anzahl von Scheidungen unter Heteros, liegt der Schluss doch nahe, dass die "Institution Ehe" sowieso schwer in der Krise ist. Woher kommt aber dann doch die plötzliche Aufregung und das öffentliche Interesse in und an eben dieser?

Die Ehe ist so eine super tolle, eherne Institution, einfach, 3 Buchstaben, lebenslang, für immer treu, keine Komplikationen, weisses Kleid und viel Romantik, schöne Braut, stattlicher Bräutigam,… da hängen total viele, fast archetypisch inszenierte Bilder dran. Ich kann mir vorstellen, dass manch eineR traurig war, im Rahmen des coming outs draufzukommen, dass so ein schönes Fest, wo alle Verwandten und Freunde kommen und die Beziehung feiern, gesegnet von Kirche und belohnt vom Staat, für sie nicht mehr in Frage kommt. Klar ist es dann sehr verlockend zu sagen, dass "wir" das jetzt auch endlich wollen. Abgesehen davon ist die Ehe dann wohl auch eine Chance zu beweisen, dass Beziehungen zwischen Frauen und Männern genauso gut und dauerhaft und wichtig sind wie heterosexuelle. So auf die Art: Wollen mal sehen, ob Lesben und Schwule sich auch so oft scheiden lassen!? Gab es doch jahrelang das Vorurteil, dass Schwule keine dauerhaften Beziehungen führen können, dass Lesben keinen richtigen Sex haben können, und eh nur auf einen Mann warten… wäre eine gute Gelegenheit allen zu beweisen, dass "unsere Beziehungen" genauso gut sind.

Aus der Warte der Heteros heraus denke ich, dass vielleicht gerade weil die Ehe so schlecht läuft, es vielleicht helfen kann, sie gegen einen Außenfeind zu verteidigen, damit sie wieder interessanter wird für brave Heteros…? Ach, eigentlich klingt das auch paradox, wenn es mal so da steht. Andererseits ist die ganze österreichische Familienpolitik paradox. dass das was Schüssel, Gehrer und Konsorten da verbreiten, irgendjemandem gefällt verwundert mich immerfort aufs neue. Vielleicht finden spießige Familien-Heteros die Ehe tatsächlich geiler, wenn sie wen davon ausschließen können? Wer weiß?

Betrachtet mensch die vielen eindeutig homophob motivierten "Ehe-SchützerInnen" - von der katholischen Kirche, über die ÖVP bis zum Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ), der sogar Kundgebungen dagegen organisiert hat, - stellt sich doch die Frage, ob die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung nicht doch einfach als "Schritt in die richtige Richtung" angesehen werden kann?

Ja, viele auch sehr kritische Lesben und Schwule finden das. In Diskussionen habe ich schon oft gehört, dass die Eroberung der Ehe einfach ein Zwischenziel ist, um die Ehe an und für sich langsam aufzulösen und ad absurdum zu führen. Mag sein. Aber die Position "Frauen zum Heer" als wichtiger feministischer Befreiungsschritt kann als genauso wenig zielführend betrachtet werden. So

Institutionen von innen her zu zerstören, indem man die Privilegien ausdehnt, macht die Institutionen doch eigentlich noch stärker, finde ich viel logischer.

Hat so ein juristischer Vertrag nicht gerade zum Beispiel für Frauen Vorteile, da - zumindest in heterosexuellen Beziehungen - damit oftmals eine gewisse ökonomische Absicherung einhergeht?

Absicherung? Heisst das nicht Abhängigkeit? :)

Die Grünen fordern seit langem gleiche Rechte für homosexuelle PartnerInnenschaften, wenngleich sie ihr Konzept nicht "Ehe" nennen. Was stimmt mit den grünen Konzepten eines "Zivilpakts" nicht? Wieso gibt es dort keine Ehe-kritischen Stimmen?

Würden die Grünen eine rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen fordern, anstatt von Paarbeziehungen, wäre das Recht auf Ehe automatisch beinhaltet, d.h. Ursache und Wirkung sind hier eigentlich vertauscht. Von dem Recht auf Eheschließung, wird sich eine Gleichstellung auch in anderen Bereichen erhofft. Was eigentlich absurd ist. Oder soll hier mit dem kleinen Finger die ganze Hand abgerissen werden?

Ehe-Kritische Stimmen in der Diskussion sind eigentlich in die breitere Öffentlichkeit gar nicht durchgedrungen. Woran liegt es, dass diese jedoch selbst innerhalb linken Medien und Gruppen, die oftmals vielleicht auch noch eine anti-hierarchischen Anspruch haben, kaum aufgegriffen wurden?

Das ist eine gute Frage, diskursanalytisch wird immer argumentiert, dass diejenigen, die die Kohle haben, bestimmen, wie und worüber diskutiert wird. Die grünen diskutieren "für uns (arme Lesben und schwule)" über die Homoehe, gegen die Reaktion, das ist die Story die gekauft wird. Differenzierungen sind zu komplex, lassen sich schwerer begreifen verkaufen sich schlecht. Wenn sich die Linken Medien davon ablenken lassen, sind sie selber schuld, leider passiert das überall und immer wieder. Gewisse Begriffe werden gekauft oder geklaut, plötzlich gibt die Weltbank ein Buch raus, 400 Seiten mit dem Titel "engendering development" und - Überraschung - es geht gar nicht um feministisches empowering, obwohl es so klingt. Dennoch haben sie bestimmt, wie und worüber diskutiert wird. Oh, jetzt sind wir abgeschweift.

Wie könnten konkrete gesetzliche Rahmenbedingungen oder auch konkrete politische Forderungen jenseits der zwei Personen "Ehe" aussehen?

Individualrechte zum Beispiel, aber wieso sind wir jetzt dafür zuständig das zu formulieren? Vielleicht so wie in "women on the edge of time" …es gibt außerdem noch viele andere Betroffene als uns und für die können und wollen wir hier jetzt nicht sprechen.

Wenn nun wer Interesse hat mit euch in Kontakt zu treten, wo und wann seid ihr für Beratungsgespräche zu erreichen?

Wir sind Mo. - Mi - Fr. 17 bis 20 Uhr in der Lesbenberatung, in der Rosa Lila Villa, Linke Wienzeile 102 1060 Wien Tel: 586 81 50 lesbenberatung@villa.at www.villa.at wir bieten auch Gruppen und vieles mehr an.

Indymedia in Kürze

Indymedia: Festplatten beschlagnahmt

Wie am Freitag dem 8. Oktober bekannt geworden ist, wurde in London die Festplatten eines Servers des unabhängigen Medien-Centers beschlagnahmt. Von dem Ausfall sind weltweit über 20 Indymedia-Projekte betroffen. Über die genauen Hintergründe gibt es noch keine Angaben.
Entgegen erster Berichte wurden die Festplatten wohl nicht bei einer FBI-Razzia beschlagnahmt, sondern vom Provider Rackspace selbst entnommen und den US-Behörden übergeben. Nach den bisherigen Angaben soll das FBI für die Beschlagnahme verantwortlich sein. Die Anordnung des FBI ging direkt an den US-Provider, der in seiner Londoner Niederlassung einen Server für das alternative Medienprojekt betrieb -- da die britische Dependance einer US-Firma betroffen war, setzte das FBI, auf Ersuchen italienischer und schweizer Polizeibehörden, die Anordnung über die US-Muttergesellschaft durch.
Indymedia selbst wurde nicht von dieser Anordnung informiert.
In der Vergangenheit hatte das Projekt schon öfter Probleme. So musste der niederländische Ableger nach einem Gerichtsurteil Weblinks auf die Zeitschrift Radikal entfernen, die Sabotageanleitungen für Anschläge auf Bahnanlagen veröffentlicht hatte. Über die Gründe der Beschlagnahme gibt es bisher nur Spekulationen.

Wir fordern Aufmerksamkeit!

In diesem Land sterben Menschen auf brutalste Weise und werden, trotz gegenteiligem Wunsch und Protestes seitens besorgter Menschen und Organisationen, ohne unabhängige Untersuchung, von den Verantwortlichen sang- und klanglos verscharrt.

Koalition for Action

Am 17. Oktober organisieren wir deshalb um 13:30 eine Demonstration vom Friedhof in Krems / Donau (Wienerstrasse 87 Tor 2 3500 Krems / Donau) zur Justizanstalt Stein (Steiner Landstrasse 4 3500 Krems / Donau), wo wir auf einen der brisantesten Fälle der letzten Zeit - den Tod von Edwin Ndupu (Nigeria) - hinweisen wollen.

Laut den uns bisher vorliegenden Informationen wurde er von bis zu 20 Justizwachebeamten in voller Montur zu Tode geprügelt, nachdem seine Zelle in der Justizanstalt Stein unter Einsatz von Tränengas gestürmt worden war.

Wir protestieren gegen die unzumutbaren Zustände in den Gefängnissen!

Wir protestieren gegen den rassistischen Staatsapparat!

Wir wollen die Wahrheit ausgraben und verlangen eine unabhängige Autopsie sowie eine Aufklärung der Ereignisse.

Lasst uns ein zeichen setzen und zahlreich vereint mehr Respekt gegenüber allen Menschen einfordern!

Aussagekräftige Plakate / Transpis / Lärminstrumente sind erwünscht!

Mitfahrgelegenheit & Treffpunkt für den Demobus (Hin- & Rückfahrt): Sonntag 17. Oktober 11:30 vor dem Franz-Josefsbahnhof (Julius Tandlerplatz 3 1090 Wien)

Reservierung für den Bus bitte Donnerstag 14. Oktober 14:00 - 18:00 unter 01 523 64 75 oder schaufel@utanet.at

Mehr Infos zu Edwin Ndupu unter: www.no-racism.net

Jubiläumsjahr 2005

Im nächsten Jahr möchte sich das offizielle Österreich an eine Vielzahl von Ereignissen erinnern: 60 Jahre 2. Republik, 50 Jahre Staatsvertrag und Unabhängigkeit, 50 Jahre Mitglied der Vereinten Nationen und in der Folge Beitritt zum Europarat, 50 Jahre Wiedereröffnung des Burgtheaters und der Staatsoper, 50 Jahre Fernsehen, 10 Jahre Mitglied bei der Europäischen Union. Die Regierung plant für dieses Jubiläumsjahr eine Reihe von Veranstaltungen, Details dazu werden im Herbst 2004 veröffentlicht. Die Bundesregierung hat bereits eine eigene Website dafür ausgearbeitet: www.oesterreich2005.at

Bereits jetzt regt sich Widerstand gegen das geplante Spektakel, eine Plattform hat sich gebildet die das Jubeljahr zum Anlass nimmt, Gegenstatements zu formulieren und Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Eine Gegenwebsite wird gerade mit Infos gefüllt: www.oesterreich-2005.at

USA: Verbot gleichgeschlechtlicher Ehe gescheitert

Der Versuch der Republikaner, ein bundesweites Verbot der Ehe von Homosexuellen in den USA durchzusetzen ist am 30. September im Repräsentantenhaus gescheitert. Der Vorstoß erhielt nicht die für einen Verfassungszusatz erforderliche Zweidrittelmehrheit. 227 der Abgeordneten stimmten dafür, 186 dagegen.
Im Senat war der Antrag, den Präsident George W. Bush befürwortet, bereits durchgefallen. Der Fraktionschef der Demokraten, Steny Hoyer, beschuldigte die Republikaner des "groben politischen Zynismus" und warf ihnen eine "demagogische Wahlwerbung" vor. Umfragen in den USA ergeben zwar eine breite Ablehnung der Schwulenehe in der Bevölkerung, aber bei der Frage nach einer Gesetzesänderung gehen die Meinungen der Befragten auseinander. Am 2. November sollen gemeinsam mit den Präsidentschaftswahlen WählerInnen von elf US-Staaten über die gleichgeschlechtliche Ehe entscheiden.

Gleichgeschlechtliche Ehe: ÖVP für vertagen

Keine Entscheidung gab es am 6. Oktober im parlamentarischen Justizausschuss in der Frage der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Anträge der Opposition wurden mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ vertagt. Die Grünen wollten einen Zivilpakt für gleich- und verschiedengeschlechtliche Paare durchsetzen, die SPÖ die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher mit verschiedengeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Seitens der ÖVP meinte Gertrude Brinek, sie sei für eine Politik der kleinen Schritte. Die ÖVP trete für eine Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Partnerschaften ein. Es gehe nun aber darum, innerhalb der Regierung zu einer einheitlichen Linie zu kommen und die Vorstellungen der Koalition dann in einem eigenen Antrag zu formulieren.

Langzeitarbeitslosigkeit erhöht Risiko für Depressionen

Düstere Zukunftsperspektiven, etwa bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit, erhöhen auf Dauer das Risiko für die Erkrankung deutlich. Einen Grund für die Zunahme von Depressionen in Deutschland sehen MedizinerInnen in der wirtschaftlichen Krise und der konstant hohen Arbeitslosigkeit. "Es ist relativ klar, dass Menschen, die sowieso schon ein schwieriges inneres Gleichgewicht haben, bei Arbeitslosigkeit stärker zu Depression neigen", sagen sie und sprechen von einem additiven Effekt. Je ungünstiger die Lebensbedingungen und je höher der Grad an unerwünschtem Stress, desto höher das Risiko für die Erkrankung. "Mit schwieriger sozialer Lage nimmt das Problem zu".
Das bestätigt auch der Gießener Arbeitspsychologe Michael Frese: "Mehrere Studien haben ganz eindeutig einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Depression ergeben." Es sei jedoch nicht ein einzelner Faktor, der die Erkrankung begünstige, sondern ein ganzes Bündel von Belastungen, das sich langfristig auswirke. Dazu gehörten finanzielle Sorgen, der Mangel an sozialen Kontakten, das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, die Leere im Alltag. "Arbeit gestaltet und prägt unser Leben", erläutert der Professor. "Die Strukturierung des Tages fehlt plötzlich, das zeichnet Arbeitslosigkeit aus."
Damit es gar nicht so weit kommt, raten ExpertInnen Gefährdeten, sich irgendwie zu beschäftigen. Schon die ehrenamtliche Tätigkeit im Sportverein könne das Befinden verbessern. Wer keinen Beruf mehr habe, solle zudem möglichst all das tun, was er schon immer einmal machen wollte. Den Leuten, die diesen Rat befolgten, gehe es viel besser, weiß Frese aus der Praxis. Wer gerade nichts weiß, was er oder sie immer schon einmal machen wollte (Banküberfall, Einbruch in eine Konditorei, Plünderung von Lebensmittelgeschäften oder Wolfgang Schüssel mit Eiern bewerfen,...), könnte ja gegebenenfalls auch beim TATblatt mitarbeiten. Ob Frese übrigens gerade diese Art der Beschäftigung gemeint hat, ist übrigens unklar...

9. November 1938
Niemals Vergessen!

Zum 66. Mal jährt sich am 9. November jener Pogrom, der im 3. Reich die Verfolgung jüdischer Menschen eskalieren ließ. Gab es schon zuvor Diskriminierungen durch die Nürnberger Rassengesetze und antisemitische Ausschreitungen, sollte der Novemberpogrom (von den Nazis als Reichskristallnacht bezeichnet), die Deutschen und ÖsterreicherInnen auf die Ausrottung des europäischen Judentums einschwören und gleichzeitig der Naziführung ein Stimmungsbild verschaffen.

Initiative Niemals Vergessen

Sie wurden nicht enttäuscht. Nachdem der 17-jährige Hershel Grynszpan den deutschen Botschaftsrat in Paris getötet hatte (aus Rache, weil seine Eltern aus Deutschland ausgewiesen wurden, und im deutsch-polnischen Niemandsland wie viele tausend JüdInnen herumirrten), sah die Nazispitze die Chance gegeben, im ganzen Land die Bevölkerung gegen jüdische Menschen zu mobilisieren.

Und an jenem 9. November 1938 kam es zur Reichskristallnacht (weil sich in der Nacht das Licht in den zerbrochenen Fensterscheiben jüdischer Geschäfte widerspiegelte). Nicht bloß organisierte SA-Banden führten den Pogrom durch, nein die Bevölkerung mischte tatkräftig mit. Plünderungen, Demütigungen und Morde wurden in jener Nacht vom Mob verübt. Teilweise ging das selbst den Machthabern zu weit, weil sie befürchteten, dass Werte zerstört und verloren gingen. Allein in Österreich wurden in jener Nacht 27 JüdInnen ermordet, 88 schwer verletzt, mehr als 6.500 festgenommen, 42 Synagogen wurden in Wien zerstört, mehr als 4.000 Wohnungen und Geschäfte verwüstet und 2.000 Wohnungen zwangsgeräumt. Die Wiener Bevölkerung trieb es soweit, dass selbst die Gestapo Mühe hatte den Mob unter Kontrolle zu bringen. Für die Nazis war es ein Erfolg: nunwaren sie sich der Unterstützung der Bevölkerung sicher. Was danach kam, ist bekannt: Einsatzkommandos, Vernichtungslager, sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden. Und alles mit Präzision und Gewissenlosigkeit.

Am 8. Mai 1945 wurde diesem Treiben durch die Alliierten Streitkräfte ein Ende gesetzt.

TäterInnen

Und nicht etwa durch ÖsterreicherInnen oder Deutsche. Die überwältigende Mehrheit hat den Holocaust und den Raubkrieg unterstützt oder toleriert. Viele pro.tierten davon, und zeigten kein Interesse daran, den Wahnsinn von sich aus zu beenden. Von sich auf andere schließend, ist die Vergeltung von Gleichem mit gleichem erwartet worden. Die Alliierten mussten nach der Befreiung feststellen, dass von Reue keine Spur war, eher depressive Gleichgültigkeit und bei vielen die (berechtigte) Angst vor den Alliierten. Allein die sowjetische Bevölkerung hatte durch den deutschen Vernichtungskrieg einen Blutzoll von 25 Millionen Toten bezahlt. Die unfassbaren Opferzahlen selbst interessierte hier aber niemand.

Zwecks Wiederaufbau wurde die deutsche Volksgemeinschaft durch die österreichische Volksgemeinschaft ersetzt, und beim vielen Zupacken wollte sich hier niemand mit der gerade ver.ossenen Nazizeit beschäftigen. Die Entnazi.zierung wurde bald beendet, viele TäterInnen und MitläuferInnen kamen ungeschoren davon, und besetzten bald wieder politische Ämter und behördliche Funktionen. Selbst im Kabinett Kreisky fanden sich noch drei ehemalige NSDAP-Mitglieder.

Und davon gab es nach 1945 so viele, dass SPÖ und ÖVP sich nicht genierten, um ihre Stimmen zu buhlen. Die Vorgängerpartei der FPÖ, der Verband der Unabhängigen (VdU), war ohnehin Sammelbecken derer, denen Jörg Haider noch 1995 eine ordentliche Gesinnung attestierte.

Auswirkungen

Und so konnte es geschehen, dass ein Kurt Waldheim WEGEN seiner SA-Vergangenheit Bundespräsident wurde, dass ein Jörg Haider mit Nazikoketterie die FPÖ an 28% heranführen konnte, dass antisemitische Aussagen von PolitikerInnen, die zu ernsthaften Konsequenzen führen müssten, hier noch augenzwinkernd akzeptiert werden. Die Israelitische Kultusgemeinde wird ausgehungert, und geschichtsrevisionistische Einrichtungen wie das Haus der Heimat mit Geld überhäuft.

Und machen wir uns nichts vor: auch wenn die FPÖ am Boden liegt, die Motive, mit denen sie gewählt wurde sind immer noch im gleichen Ausmaß vorhanden: Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Denunziantentum und Autoritätshörigkeit. All diese in Österreich tief verwurzelten Eigenschaften machten auch den 9. November 1938 möglich.

In diesem Sinne: Niemals Vergessen! Österreichische Zustände bekämpfen!

9. November 2004: Gedenkrundgang

Treffpunkt: Kleine Sperlgasse 2, 1020 Wien
Zeit: 19 Uhr

Von dort geht es im Zuge eines gemeinsamen Rundgangs zu historischen Orten im 2. Bezirk.

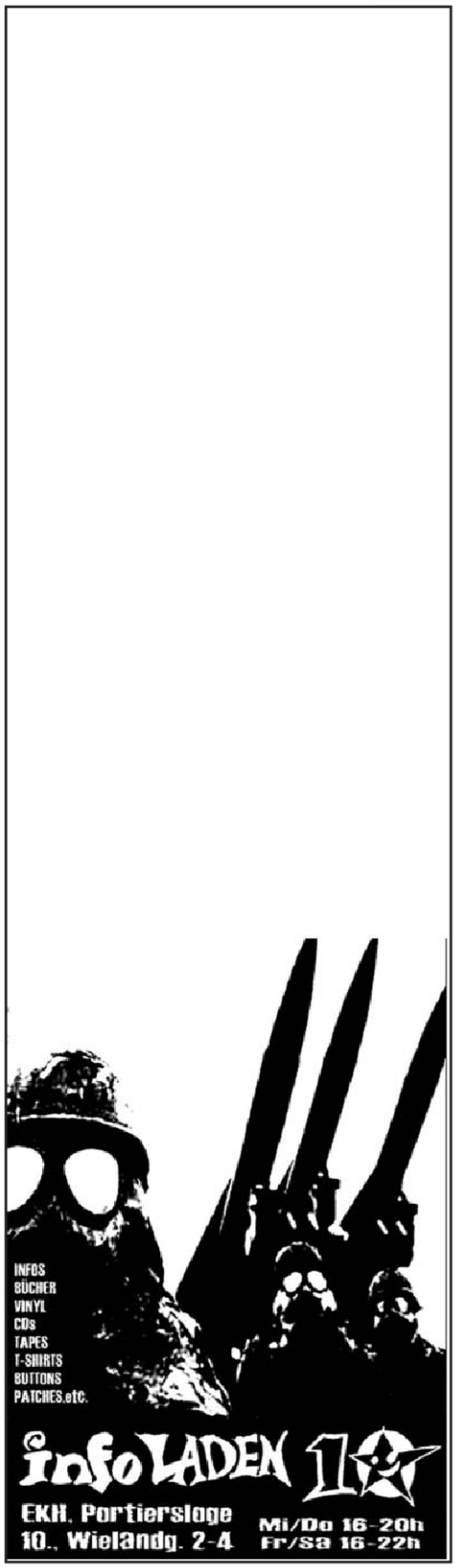
Antifa in Kürze

Heimat.Los - Aktionstage gegen Kärntner Heimatherbst und AFP

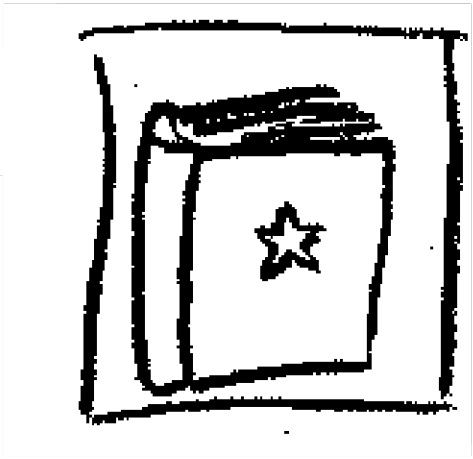
Deutschnationale Aufmärsche, ein internationales Treffen von Rechtsextremen, gelebte SlowenInnen- und Kulturfeindlichkeit. Einige Stichwörter, um den Kärntner Herbst zu beschreiben. AktivistInnen der Grünalternativen Jugend Kärnten/Koroska laden deswegen zu den Heimat.Los-Aktionstagen. Ein Informationsabend am 8., "Fiesta Partyzana" am 10. und Anti-AFP-Demo am 15. sind gute Gründe, auf die Straße zu gehen.
Der Herbst hat es in sich in Kärnten. Mittels pompösen Feiern wird die "Landeseinheit" raufbeschworen, das SS-Veteranentreffen am Klagenfurter Ulrichsberg ist kaum vorbei, feiert sich das Land weiter selbst und scheut weder Kosten noch Mühen, einen mehrwöchigen Musikantenstadl, garniert mit einer gehörigen Portion Deutschnationalismus, auf die Beine zu stellen: Den "Heimatherbst". Dass jegliche kritische/slowenische/linke Stimme in diesem Treiben keinen Platz hat, ist klar. Im Gegenteil: antislowenische, rassistische Ressentiments sind fester Bestandteil der herbstlichen "Heimatfeiern".
Zum Auftakt der Aktionstage findet am 8.10. ein Informationsabend mit anschließender Party am Neuen Platz in Celovec statt. Am 10. Oktober soll eine Fiesta Partyzana am Domplatz stattfinden, mit Bands, Lesungen, Infoständen und einem antifaschistischen Stadtrundgang.

Anti-AFP-Demo 15.10.04 - 17.00 - Feldkirchen (Hauptplatz)

Zum mittlerweile 39. Mal veranstaltet die rechtsextreme "Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" nun schon ihre so genannte "Politische Akademie", diesmal im Feldkirchner Gasthof "Germann", der schon vor einigen Jahren als Raum für die alten und neuen Rechtsextremen hergehalten hat. Die AFP wurde 1963 als rechtextreme "Denkfabrik" gegründet, ihre alljährlich stattfindene "politische Akademie" dient Info- und Vernetzungsveranstalten von RechtsextremistInnen aus dem gesamten deutschsprachigen Raum. Die Liste der ReferentInnen reicht vom ehemaligen SS-Untersturmführer (Herbert Schweiger), über einen rumänischen Neofaschisten (Claudiu Mihutiu) bis hin zu Aktivisten der militanten Neonazi-Skinhead-Szene. Verbindungen bestehen auch zu Kärntner RechtsextremistInnen. So referierte bei der letztjährigen "Akademie" beispielsweise Heimatdienst-Obmann und Haider-Spezi Josef Feldner. Auch Andreas Mölzer, FPÖ-Abgeordneter im EU-Parlament, sprach schon vor seinen "Kameraden". Mehr als 100 Rechtsextreme werden erwartet, Kärnten wird wieder mal zur rechtsextremen Spielwiese. Irgendwelche Forderungen an einen rechtsextremen Landeshauptmann werden hier nicht gestellt. Wohl aber ergeht der Aufruf an alle AntifaschistInnen, die sich dem AFP-Treffen in den Weg stellen wollen. Auf dass dem "Heimatherbst" ein unrühmliches Ende beschieden wird.



Memoiren für die, **die kämpfen**



Im Jänner 1983 gelang der kanadischen Polizei nach jahrelangen Fehlschlägen die Verhaftung von fünf Personen, die als Guerillagruppe im Untergrund lebten und den Kampf mit Sprengstoff, Brandsätzen und radikaler Einkommensumverteilung durch Raubüberfälle gegen das bestehende Unrecht aufgenommen hatten. Durch Diebstahl von Sprengstoff von Baustellen beschafften sie sich die nötige Ausrüstung für die spektakulärsten Anschläge in Kanada seit Jahrzehnten.

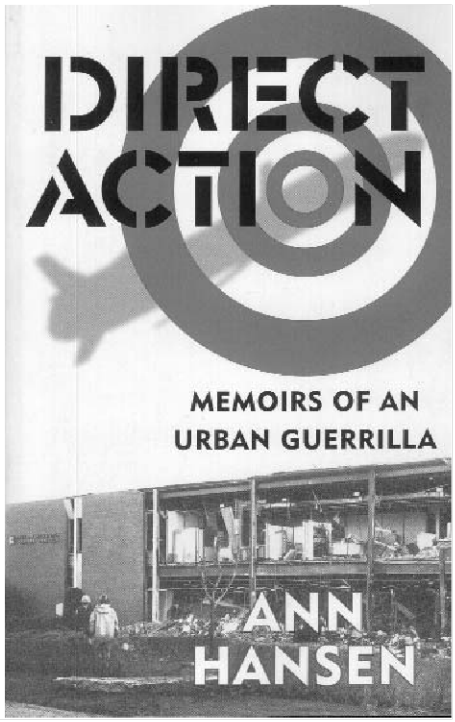
TATblatt

Waisenknäblein und -mädchen waren sie alle nicht, seit sie sich großzügig mit Waffen und Munition ausgerüstet hatten und regelmäßig zu Schießübungen aufs Land fuhren.
Die UntergrundkämpferInnen gingen als die sogenannten "Squamish Five" in die kanadische Geschichte ein, benannt nach dem Ort ihrer Schießübungen bzw. auch der Festnahme. Selbst benannten sie sich "Direct Action", was die Polizei lange Zeit vergeblich nach Verbindungen zur Action Directe in Frankreich und Belgien suchen ließ.
Alle Beteiligten stammten aus dem anarchistischen Milieu in Vancouver, British Columbia, und lebten in der dortigen Szene, nahmen regelmäßig an Aktionen teil und klauten wie die Raben. Doch irgendwann kam einmal der Punkt, an dem zunächst drei von ihnen vom Alltag genug hatten und etwas großes weiterbringen wollten. Eine von ihnen, Ann Hansen, war zuvor in Frankreich und Deutschland gewesen und hatte dort die Action Directe und auch Gefangene der RAF unterstützt. Zurück in Kanada stellte sie Öde fest und wollte etwas dagegen tun. Daraus resultierte letztlich die Sprengung eines riesigen Umspannwerks einer Stromgesellschaft, ein Sprengstoffanschlag auf eine Fabrik für Komponenten von Atomraketen, mehrere Überfälle zur Finanzierung des Lebens und der Aktionen, zahlreiche Autodiebstähle und die Beteiligung an Brandanschlägen auf eine Pornovideokette.
In lebhaften Bildern, spannendem Stil und in Romanform erzählt Ann Hansen, die zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und nach 7 Jahren freigelassen wurde, die Geschehnisse bis zum Zeitpunkt ihrer Festnahme. Die Memoiren sind frei von ideologischen Abhandlungen und es menschelt gehörig. Ohne Beschönigungen werden persönliche Beziehungen, Rivalitäten, damalige und heutige Zweifel geschildert, Fehler bekannt, und trotzdem distanziert sich Hansen mit keinem Wort von ihren damaligen Taten. Kurz und gut, es geht um den Dauerstreß von Untergrundaktionen, Sinn und Unsinn, Fehler und Erfolge.

Mittlerweile hat Hansen im englischsprachigen Raum Kultstatus erreicht. Für Interessierte an direkten Aktionen ist es ein unentbehrliches Buch, eine absolute Notwendigkeit.

Ann Hansen
Direct Action
Toronto 2001
Between the Lines & AK Press
493 Seiten

Bestellmöglichkeiten: Das Buch ist regulär über den Buchhandel erhältlich, dazu ISBN 1-902593-48-0 für die Ausgabe von AK Press außerhalb Kanadas. Es ist auch bei AK Press direkt erhältlich, die in Großbritannien eine Auslieferung haben: www.akpress.org. Einfach ist die Bestellung über Amazon in Deutschland (liefert auch nach Österreich), www.amazon.de. Allerdings sind für Direktbestellungen immer Kreditkarten nötig. Vorsicht also bei geplanten Reisen in die USA, weil die Bestelldaten bei der NSA landen, da sie über US-Computer laufen.



Die GlobalisierungskritikerInnen heulen auf!

Einer der bekanntesten Globalisierungskritiker, der ehemalige Schweizer Nationalrat und jetzige UNO Mitarbeiter Jean Ziegler spricht davon, "dass Tag für Tag auf unserem Planeten ungefähr 100.000 Menschen an Hunger oder an den unmittelbaren Folgen des Hungers sterben." Gegen die Globalisierung argumentiert ebenfalls der deutsche Wirtschaftswissenschafter Franz Josef Rademacher beim Forum Alpbach in Tirol, der sich aber - um nicht allzu radikal zu wirken - den Titel "Globalisierungsgestalter" gibt. Er ist der Meinung, dass "die Globalisierung in ihrer jetzigen Form Hass und Terror sät." Des weiteren meint er, dass "auch bei uns (wahrscheinlich meint er mit "uns" Österreich und Deutschland? - Das Großdeutsche Reich läßt grüßen!) die gesamte Entwicklung zulasten von 85 Prozent der Bevölkerung und zugunsten der 15 Prozent Gewinner dieser Prozesse geht."

Jede/r, die/der bei solchen Zahlen und Fakten nicht zumindest nachdenklich wird, soll bitte weiterhin die Märchen von der Gerechtigkeit des kapitalistischen Systems glauben. Für alle anderen gibt's nochmals eine Zusammenfassung des totalen Wahnsinns unserer Realität: Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer, rund 37 Millionen Menschen verrecken jährlich, weil sie nichts zu fressen haben und Schuld daran ist... - wird uns jedenfalls eingeredet - die sogenannte "Globalisierung", nicht aber der Kapitalismus an sich.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen ist folgender: Die ökonomische Globalisierung kann nur als Krise bzw. Phase des Kapitalismus verstanden werden, während der Kapitalismus das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem darstellt. Globalisierung ist ein recht eigenartiger Begriff, der von verschiedensten politischen Seiten positiv und auch negativ besetzt wird. Entstehungszeitpunkt dieser sogenannten Entwicklung ist irgendwann zwischen der Entdeckung Amerikas 1492 und dem Ende des Kalten Krieges - je nach dem, wie er gebraucht wird. Für die Antiglobalisierungsheinis und -tanten ist das 1947 unterzeichnete GATT Abkommen (Abbau von Zoll- und Handelsbeschränkungen) und die Entwicklung während der 70er (keine fixen Wechselkurse mehr) der Startschuß der Globalisierung. Wenn also das Böse 1947 bzw. während den 70er Jahren seinen Beginn hatte, muss die Welt davor paradiesisch gewesen sein: Keine Ausbeutung, keine imperialistischen Kriege, kein Faschismus und keine Unterdrückung - alles Friede, Freude, Eierkuchen? Natürlich nicht! Das Problem der Millionen Toten, Unterdrückten und Leidenden ist nämlich nicht die Globalisierung, sondern der Kapitalismus. Und das ist auch der Fehler der GlobalisierungskritikerInnen. Sie sprechen nur von der bösen Globalisierung. Den von Ihnen erarbeiteten Zahlen muss mensch traurigerweise zustimmen, aber nicht dem Märchen von der Schuld der Globalisierung und dem gleichzeitigen Vergessen der kapitalistischen Ausbeutung.

Nein, Schuld ist das kapitalistische Wirtschaftssystem in dem einige Wenige viel haben und die Massen ausbeuten und unterdrücken. Dadurch werden Verbrechen in diesem System legitim und "alltäglich", denn wie sind sonst die 100.000 Toten täglich zu erklären? Somit kann das Problem der GlobalisierungskritikerInnen benannt werden. Sie glauben, dass die Kritik an der Globalisierung ausreichend ist, ohne jedoch zu hinterfragen, woher Ausbeutung kommt und wie diese entsteht. Dass Ausbeutung und die Macht des/der Starken über den/die Schwache/n im Kapitalismus systemimmanent sind, dürften die oben genannten Herren wohl vergessen haben. Deshalb verfolgen sie auch so schöne Ziele wie "eine ökosoziale Marktwirtschaft", einen globalen Marshallplan oder eine Weltregierung, ohne auch nur ein Wort über den Kapitalismus zu verlieren. Diese Konstrukte sollen in einem durch und durch ungerechtem System für Gerechtigkeit sorgen - lächerlich!

Zum Thema Gerechtigkeit ein passendes Beispiel aus dem "Sozialstaat Österreich": Während im unteren Einkommensdrittel die Einkommen zwischen 1995 und 2001 um 1% gewachsen sind, stiegen die Spitzeneinkommen im gleichen Zeitraum um 23% an. Nach Meinung diverser ExpertInnen existiert in Österreich schon eine ökosoziale Marktwirtschaft - und wahrscheinlich dient Österreich als positives Musterbeispiel der GlobalisierungskritikerInnen. Österreich, die vermeintliche "Insel der Seeligen" wird somit als Vorbild gehandelt. Ein Dilemma!

Hier stellen sich noch zwei abschließende Fragen:
1. Nach den hirnverbrannten Gedankengängen der VertreterInnen eines Systems, in dem Ausbeutung ein Recht und kein Verbrechen ist und
2. Nach der Kurzsichtigkeit der Globalisierungskritischen Bewegung, welche endlich das Problem an seiner Wurzel, dem Kapitalismus, bekämpfen soll!

Grauzone Innsbruck startet durch!

Nachdem die Grauzone sich in den letzten Jahren hauptsächlich auf Konzerte und Parties konzentrierte, soll in Zukunft wieder vermehrt unser politischer Anspruch zur Geltung kommen. Durch die verbesserte räumliche Situation können wir ab September jeden Sonntag den PMK - Bogen (19) für unsere Aktivitäten nützen. Ein Name für unsere zukünftigen Veranstaltungen wurde auch schnell gefunden: INFO BEISL. Das INFO BEISL steht für politische Filmabende, Vorträge und Diskussionen in gemütlicher Runde.

Damit das alles nicht zu trocken wird, gibt es jeden Sonntag, kühle Getränke und delikates Essen von den Grauzone "Sterne KöchInnen" - Natürlich alles zu niedrigsten Preisen! Abgerundet wird das Angebot noch mit einem Tischfussballtisch und einem Infostand, welcher Bücher, Zeitschriften, Buttons, Aufnäher… zu den verschiedensten Themenbereichen anbietet (Antikapitalismus, Befreiungskampf, Migration, Antifaschismus, Feminismus, Antisemtismus….)

Ziel des INFO BEISLs ist es die herrschenden Verhältnisse radikal (= an der Wurzel) zu kritisieren. Gleichzeitig sollen Gegenstandpunkte offen gelegt werden und Informationen jedem/jeder zugänglich gemacht werden. Unser Hauptanliegen ist aber eine Plattform für politisch interessierte Menschen zu schaffen, welche sich vernetzen können und "gemütliche Abende" miteinander verbringen. COME AND SEE!

Sonntag, 24. Oktober 2004
PMK
"Indymedia Special"
(Workshop und Filme) Beginn
19:00 Eintritt frei!!!
Offener Workshop
14:00 Uhr P.M.K. Bögen
Wie kann ich at.indymedia.org benutzen, was ist das eigentlich?
Filmabend
19:00 Uhr P.M.K. Bögen
Filme aus dem indymedia.org projekt und über dieses.

Was ist at.IMC?
at.IMC ist eine für alle Menschen offene, unabhängige, nichtkommerzielle und multimediale Plattform für alternative Berichterstattung über soziale und politische Themen, Ereignisse, Vorfälle, etc. und für die inhaltliche Auseinandersetzung mit jenem. Dabei stellt at.IMC Raum und Kanäle bereit, die Grenzen zwischen Medienkonsumentinnen und Medienproduzentinnen überwinden und auflösen sollen.

Que(e)r durch den Oktober!

Mittwoch 20. Oktober:
Lesbian Fun Shorts
Selten trifft ein Titel so genau den Inhalt. Es sind lesbische Filme, die Spass machen und kurz sind. Wir zeigen sieben Kurzfilme, die mensch als sexy, lesbisch, witzig, frisch beschreiben koennte! Darunter Charlys Angels auf lesbisch, ein Coming out unterm Weihnachtsbaum mit ueberraschendem Ende und Unterwassersex-Szenen.
Eine mitreissende Sammlung preisgekroenter lesbischer Kurzfilme, die
garantiert fuer gute Laune sorgt!

Mittwoch 27. Oktober:
Die braunen Flecken des Konrad Lorenz
Kaum ein anderer Wissenschaftler war fuer die oesterreichische Geschichte nach 1945 derartig einflussreich wie der Verhaltensforscher Konrad Lorenz. Zur Jahrtausendwende waehlten ihn die LeserInnen der Zeitschrift NEWS zum bedeutendsten oesterreichischen Denker des 20. Jahrhunderts, knapp gefolgt von Sigmund Freud. Dennoch lag lange Zeit keine wirklich umfassende Darstellung seines Lebens vor - und schon gar nicht ueber Lorenz' Verstrickungen in den Nationalsozialismus. Diese hat er selbst nach 1945 immer wieder vehement geleugnet: "Wer mich Nazi nennt, ist eine Dreckschleuder." Das Buch von Benedikt Foeger und Klaus Taschwer "Die andere Seite des Spiegels" weist jedoch anhand zahlreicher Dokumente die Naehe von Konrad Lorenz zum Nationalsozialismus nach und zeigt, wie begeistert der Verhaltensforscher - zumindest eine Zeit lang - vom nationalsozialistischen Gedankengut war und wie wenig das seiner Karriere nach 1945 geschadet hat.
Aus aktuellem Anlass des Olympen-Kommers Vortrag und Diskussion mit Benedikt Foeger.

Gilt fuer alle Veranstaltungen:
Ort: Que(e)r-Beisl im EKH.
Wielandgasse 2-4, 1100 Wien (U1 Keplerplatz)
Veranstaltungsbeginn: 20 Uhr,
Beislbetrieb von 18:30-24:00 Uhr

Der Eintritt ist immer kostenlos!!!

Institutionalisierung von Rassismen in Europa

Abschottung um jeden Preis

In den letzten Jahren war es immer wieder Thema: MigrantInnen auf dem Weg in die Festung Europa schon im Vorfeld an der Einreise zu hindern. In den vergangenen Wochen wurde diese Diskussion verstärkt geführt. Hinter den Schlagworten "Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik", "Hilfe für Flüchtlinge", "gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts", "Hilfe für Flüchtlinge" und manchmal sogar "offene Grenzen" verbirgt sich eine Politik der Abschottung, Kriminalisierung, Internierung und Deportation.

TATblatt

Seit Jahren arbeiten die Innen- und Justizbehörden der EU an einer Harmonisierung der Abschottung der Festung EUropa. Beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Oktober 1999 in Tampere, Finnland, wurde ein erster großer Schritt in der Umsetzung dieser Pläne erzielt. Der Aufbau eines "gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" wurde propagiert. Fragen zur Asyl- und Migrationspolitik der EU-Mitgliedsstaaten sollten sich in Zukunft an Mindeststandards der EU orientieren, vorerst aber noch nationales Recht sein. Wie diese Mindeststandards aussehen, zeigt u.a. die Änderung der Asylgesetzgebung in Österreich, die mit Mai 2004 zahlreiche Verschärfungen brachte. Teile dieser Veränderungen sind die Errichtung von sog. Erstaufnahmezentren (EAZ), deren Privatisierung (Betreuung durch European Homecare), die Prüfung der Zulassung zu einem Asylverfahren, die Möglichkeit der Deportation im laufenden Verfahren usw. Letztgenannte Praxis wurde von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen kritisiert und eine Beschwerde beim VfGH eingebracht, über die im Herbst verhandelt werden soll.

Der Streit um Zahlen

Eine weitere Veränderung durch die Asylgesetznovelle betraf die Unterbringung von Flüchtlingen im laufenden Verfahren. Nachdem von Höchstgerichten entschieden worden war, dass allen Flüchtlingen und AsylwerberInnen im laufenden Verfahren die Aufnahme in Bundesbetreuung gewährt werden müsse, ging das Innenministerium in die Offensive und verfasste Listen mit Herkunftsländern, deren Staatsangehörige ebendiese verwehrt wurde. Und es wurde darauf verwiesen, dass die Gesetzesänderung eine entsprechende Regelung bringen w?rde. Mittlerweile ist das Gesetz seit mehreren Monaten in Kraft, doch die Bundesregierung streitet mit den Ländern weiter um die Umsetzung der sog. Paragraf-15a-Vereinbarung zur Flüchtlingsbetreuung, nach der die Flüchtlinge anteilsmäßig auf die einzelnen Länder verteilt werden sollen. Es gab Vorschläge seitens der ÖVP, Flüchtlinge in Kasernen unterzubringen, was jedoch aufgrund des massiven Proteste in den betreffenden Gemeinden wieder fallengelassen werden musste. Dann sollte jede Gemeinde in Österreich eine Fl?chtlingsfamilie aufnehmen, da dies eine bessere Integration bedeute. Doch dieser Vorschlag stieß auf Ablehnung seitens der BürgerInnenmeisterInnen. Zuletzt wurde die Errichtung zweier zusätzlicher EAZ in der Steiermark und Tirol propagiert. Doch auch hier gibt es Differenzen zwischen der Bundes- und den Landesregierungen. Übrig bleibt die Botschaft: Flüchtlinge sollen menschenwürdig untergebracht werden, doch "nicht bei uns". Eine Grundversorgung für alle AsylwerberInnen ist jedenfalls in keiner Weise gegeben.

Gleichzeitig wird die Diskussion jedoch von einem weiteren Thema bestimmt: Wer ist Flüchtling? Die Trennung in Flüchtlinge und MigrantInnen wird dermaßen strapaziert, dass zuletzt nur noch übrig bleibt: die Flüchtlinge kämen nur, um sich in Europa auf die faule Haut zu legen und am Reichtum mitzunaschen. Doch gerade diesen Reichtum gilt es zu verteidigen. Mit aller Gewalt, Tote werden bereitwillig in Kauf genommen. Rechtliche Ungleichheiten stehen im Mainstreamdiskurs nicht mal zur Diskussion. Selbst in Aussagen der Grünen SpitzenpolitikerInnen geht es darum, auf die Interessen der Bevölkerung - gemeint ist die Mehrheitsbevölkerung, die die FPÖ gerne als die "echten Österreicher" bezeichnet - und den Bedarf der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen. Sp?testens seit der schwarz/grünen Landesregierung in Ober?sterreich fällt es den Grünen schwer, Kritik zu üben. Viel einfacher ist es da schon, die Schuld an der Misere bei den anderen zu suchen, so wie der Grüne Bundessprecher Van der Bellen: "Ich denke mir, die Grünen in der Oberösterreichischen Landesregierung sind sicher nicht die, die daran schuld sind, sondern es sind die Sozialdemokraten."

Doch eigentlich geht es in diesem Streit eher um Zahlen als um Menschen. Und genau dies ist das Problem. Wenn Flüchtlinge oder MigrantInnen als Menschen wahrgenommen werden, dann lediglich als Opfer: Nicht sie selbst würden nach Europa kommen, sie würden viel mehr von der Schleppermafia nach Europa gebracht werden. Diese Bild von den "unschuldigen Opfern" kann nach Belieben in ein anderes gekehrt werden, wenn die entsprechenden Feindbilder konstruiert sind: illegalisierte EinwanderInnen, jene, die

Asylgründe nur vortäuschen, Kriminelle, Drogendealer, Automader, die Ostmafia, Rumänenbanden usw. dienen dazu, einen rassistischen Grundkonsens in der Bevölkerung zu verstärken und die Leute gegeneinander auszuspielen. Eine Praxis, die nicht auf Österreich beschränkt ist. überall in der EU und darüber hinaus wird an der Abschottung der Festung Europa gebaut, werden jene Pläne umgesetzt, die den Wohlstand und die Sicherheit in der EU gewähren sollen.

Harmonisierte Abschottung

Die Harmonisierung der EU-Migrationspolitik hat jedenfalls ein neues Stadium erreicht. Nachdem die 1999 beschlossene Harmonisierung weitgehend umgesetzt wurde, wird nun an einer weiteren Harmonisierung gearbeitet. Am EU-Gipfel der Fachminister für Justiz und Inneres von 30.9. bis 1.10.2004 in Scheveningen, NL, wurde wie gewohnt hinter verschlossenen Türen über die Zukunft der Festung Europa diskutiert. Der Öffentlichkeit wurden Ergebnisse präsentiert. Jene Ergebnisse, die für die Öffentlichkeit gedacht sind. Diese Praxis verwundert nicht, treffen doch seit Jahren verschiedenste Ad-hoc-Gruppen und -Diskussionskreise bestehend aus f?hrenden PolitikerInnen und BeamtInnen der EU-Staaten zusammen, um an einer Verschärfung zu arbeiten. Dabei kooperieren diese geschickt mit den Medien. Notstände werden inszeniert und Bedrohungsszenarien geschaffen. So verwundert es nicht, dass gerade rund um den EU-Gipfel verstärkt Meldungen über "Flüchtlingsströme", überfüllte Asylheime usw. vermehrt in die Medien kommen.

Nebenbei werden die künftigen Vorgaben für die Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union präsentiert. Vorbereitet wurde der Plan in den Niederlanden, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Das als "Tampere II" bezeichnete Programm hat bereits konkrete Vorstellungen. Möglichst bis zum Jahr 2010 soll etwa ein EU-Amt für Asylfragen entstehen, das die Prüfungsverfahren für Flüchtlinge koordiniert und die Bewachung der EU-Außengrenzen soll zukünftig von einer gemeinsamen Grenzschutztruppe durchgeführt werden. In einer zweiten Phase soll das gemeinsame EU-Asylsystem in der Lage sein, Aufnahmeanträge von bestimmten Flüchtlingsgruppen bearbeiten zu können, die etwa aus dem gleichen Herkunftsland kommen. Und grundsätzlich soll sich die Zuwanderung je nach Bedarf des Arbeitsmarkts ausrichten.

Neue Lager

Medial angeheizt wurde die Debatte um die künftige EU-Migrationspolitik vom deutschen Bundesinnenminister Otto Schily mit der Idee zur Bildung von Auffangzentren für Flüchtlinge in Nordafrika. Er war nicht der erste, der derartige Vorschläge äußerte. Bereits ein Jahr zuvor äußerte der britische Premierministers Tony Blair seinen Vorstellungen, außerhalb der EU Camps für Asylsuchende zu errichten, in denen sie den Ausgang des Asylverfahrens abwarten müssen - etwa in der Ukraine. Der österreichische Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) teilte damals mit, dass dieser Vorschlag von österreich und Dänemark unterst?tzt werde. Für Strasser könnten diese Camps aber ebenso gut innerhalb der EU liegen.

Die Diskussion vor einem Jahr flaute schnell ab, wurde sie doch massiv kritisiert. Im Vereinigten Königreich mussten damals ebenfalls Berichte in Medien dementiert werden, nach denen bereits an einem Lager in Kroatien gebaut wurde. Es handle sich dabei um ein Lager für Asylsuchende aus England, die nach Kroatien deportiert werden, um dort auf den Ausgang ihres Verfahrens zu warten, sondern um welche aus Kroatien selbst.

Beim Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen in Scheveningen wurde der Plan von Lagern in Nordafrika, die von der EU betrieben werden, jedenfalls vorerst fallen gelassen. Es wurde jedoch eine grundsätzliche Einigung erzielt, fünf Pilotprojekte vorzubereiten. Als PartnerInnenländer seien dafür Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko und Mauretanien vorgesehen. Diese sollen - unter finanzieller und logistischer Unterstützung durch die EU - von den jeweiligen Ländern betrieben werden, die Stellung von Asylanträgen für die EU aber möglich sein. Voraussetzung sei jedoch, dass die betreffenden Länder die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert haben. Zudem müsse geklärt werden, wie ein abgelehnter Asylbescheid vor Ort rechtlich überprüft werde. Schließlich müsse klargestellt werden, wer für die Rückführung abgelehnten AsylbewerberInnen zuständig sei. Im Entwurf der niederländischen Ratspräsidentschaft wird die EU-Kommission aufgefordert, bis Juni 2005 entsprechende Pläne für die Zentren vorzulegen. Als Starttermin ist in dem Papier Dezember 2005 vorgesehen. In der Aussprache habe sich keinE TeilnehmerIn grundsätzlich gegen die Idee ausgesprochen, hieß es. Es wurde des weiteren diskutiert, solche Zentren auch in Osteuropa aufzubauen, um den steigenden Flüchtlingsstrom aus Tschetschenien zu bewältigen.

Die EU-MinisterInnen wollten diese Projekte in Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen UNHCR realisieren, doch dieser stellte sich quer und dementierte derartige Meldungen.

Die EU-Kommission dementierte ihrerseits diese Angaben. Nach Generaldirektors Jonathan Faull gehe es darum, in den genannten Ländern die jeweiligen Asylsysteme stärken, um die illegalisierte Einwanderung besser in den Griff zu bekommen. Ziel sei letztlich ein besserer Schutz für Flüchtlinge und Asylsuchende.

Gängige Praxis

Während auf Verhandlungstischen und via Medien diskutiert wird, ist die gängige Praxis bereits viel weiter fortgestritten. Nachdem die EU das Ende des Embargos gegen Libyen für Ende Oktober 2004 angekündigt hatte, einigten sich libysche und italienische RegierungsvertreterInnen nun auf eine Zusammenarbeit bei der Kontrolle der "Migrationsströme".

Der italienische Innenminister Giuseppe Pisanu sprach nach einem Treffen mit dem libyschen Staatspräsident Muammar Gaddafi am 26. September 2004 von einem "vollen Erfolg" seiner Mission. Italien wird Libyen Aufklärungsflugzeuge,

Fortsetzung nächste Seite!

Österreichische Post AG • Info.Mail Entgelt bezahlt •

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1100
DVR-Nr.: 0558371

Info.Mail
Entgelt bezahlt

Achtung AbonnentInnen!

Die im Adresspickerl rechts oben deines Namens in doppelter Klammer angegebene Nummer ist die des des letzten TATblatts, das du im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst. Bei Fehlern oder Unklarheiten schreibe uns bitte!

Abo

Preise innerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 13 Euro
20 Nummern Abo: 25 Euro
20 Nummern Förderabo: 60 Euro
20 Nummern Institutionenabo: 60 Euro
Preise außerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 20 Euro
Bestellungen einfach durch Einzahlung des Abopreises auf das Konto P.S.K. 75 47 212
(Empfängerin: U.I.I., Verwendungszweck TATblatt-Abo, Name und Adresse nicht vergessen)

Verkaufsstellen

Wien 1: BH Winter (Landesgerichtsstr. 20), Zentralbuchhandlung (Schulerstr. 1) **Wien 6**: Rave Up (Hofmühlg. 1) **Wien 7**: Südwind (Mariahilferstr. 8) **Wien 9**: Buchwelt (Schwarzspanierstr. 15), Anarchistische Buchhandlung (Hahng. 15) **Wien 10**: Infoladen 10 (Wielandg. 2-4) **Wels**: KV Infoladen (Spitalhof 3) **Linz**: Infoladen Treibsand (Rudolfstr. 17) **Salzburg:** Infoladen (Lasserstr. 26) **Innsbruck:** Info Beisl, PMK - Bogen (19)

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin:
Unabhängige Initative Informationsvielfalt
1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Konto P.S.K. 75 47 212
Tel.: (01) 641 03 17
E-mail: tatblatt@blackbox.net
Redaktion: ebd.
Druck und Vertrieb: Unabhängige Initative Informationsvielfalt, ebd.
DVR Nummer: 0558371

tatblatt.net

Redaktionelles

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe, nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge sowie Texte im "TATblatt-Originaltextservice" geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern der VerfasserIn wieder.

Gegen das Böse auf der Welt

Die erste Ausgabe des TATblatt erschien im Oktober 1988 als Vorbereitung des "Projekts Zweitageszeitung" mit der Nummer minus 101.

Dem Ehrenkodex des Österreichischen Presserates verpflichtet

Fortsetzung von Seite 19

Hubschrauber, Patrouillenboote, wüstentaugliche Fahrzeuge sowie Radar- und Nachtsichtgeräte liefern.

Das libysche Heer wird künftig auch eigene Flugzeuge und Schiffe zur Überwachung der Migrationsbewegungen einsetzen. 150 italienische ExpertInnen sollen in Kürze in Tripolis mit der Ausbildung der Grenzschutzeinheiten beginnen und libysche PolizistInnen auf ihren Patrouillengängen begleiten. Italienische Behörden sollen die libyschen auch bei der Fahndung nach den OrganisatorInnen von Flüchtlingstransporten nach Sizilien unterstützen. Außerdem ist die Errichtung von drei Asyllagern für 1000 Flüchtlinge geplant. Dafür muss vorher im lybischen Parlament ein eigenes Gesetz verabschiedet werden.

Nach Angaben des italienischen Innenministers hatte Libyen in den vergangenen Wochen 6.500 Flüchtlinge in deren Herkunftsländer zurückgeschickt. Libyen dürfe hier nicht alleine gelassen werden. Italien hat seinerseits Anfang Oktober mit Massendeportationen begonnen. In Flugzeugen der Al Italia und der italienischen Luftwaffe wurden innerhalb weniger Tage mehr als 800 Leute lediglich 24 bis 48 Stunden nach ihrer Ankunft auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa(1) unter Ausschluss der Öffentlichkeit nach Libyen geflogen. Eine nach der Genfer Flüchtlingskonvention vorgeschriebene Anhörung der Asylsuchenden scheint in dieser Zeit kaum möglich.

Doch selbst wenn es zu einer Anhörung gekommen ist, gilt es, die gängige Praxis von Abschottung, Kriminalisierung, Internierung und Deportation zu kritisieren. Denn Fakt ist, dass sich die Leute nicht davon abhalten lassen werden, in die goldene Festung Europa einzureisen. Und es sollten die ohnehin nur minimalen Rechte der MigrantInnen eher ausgebaut als beschnitten werden. Doch davon dürften die KonstrukteurInnen eines "gemeinsamen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" nicht viel halten.

Anmerkung:
(1) Lampedusa ist eine Mittelmeerinsel, die nahe an der Küste zu Afrika liegt. Da sie selbst als EU-Territorium gilt, versuchen viele Flüchtlinge ?ber diesen Anlaufpunkt das europäische Festland zu erreichen. Auf Lampedusa befindet sich ein Flüchtlingslager, dass nach offiziellen Angaben für 190 Personen ausgelegt ist, in dem sich derzeit jedoch mehr als 1000 Personen befinden. Die Insel wurde in den letzten Monaten immer wieder in Zusammenhang mit Migrationsbewegungen genannt. Zahlreiche Menschen ertranken in den letzten Jahren beim Versuch, mit kleinen Booten diese Insel zu erreichen.

weitere Informationen im Internet:

- allgemein:
no-racism.net
www.statewatch.org
www.noborder.org

- aktuelle APA-Meldungen zum Thema:
migration.cc/

- Asylgesetznovelle in ?sterreich:
www.asyl.at